

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2025 | Nummer 2



Bundesrat bestätigt Transnationale Repression in der Schweiz

China wirft Schatten auf die Demokratie

Habibulla Haliqs Flucht vor den Repressionen der Volksrepublik China führte ihn in die Schweiz. Der Journalist ist jedoch auch hier nicht sicher vor Übergriffen durch chinesische Behörden: Der gebürtige Uigure wird auf der Strasse verfolgt und erhält ständig Drohanrufe. Der Bundesrat hat im Februar in einem Bericht anerkannt, dass die Volksrepublik China Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz massiv unter Druck setzt. Das Phänomen heisst «Transnationale Repression».

Es sind grausame Dinge, die den Uiguren Habibulla Haliq vor rund 10 Jahren zur Flucht aus China bewegt haben. «Die chinesische Polizei kontrollierte täglich die Wohnung unserer Familie. Sie haben meinen Vater geschlagen, weil er die Türe zu langsam geöffnet hat. Er war nach dem Vorfall halbseitig gelähmt», erzählt Haliq. Haliqs Mutter sei am Schock über diesen Vorfall drei Tage später verstorben, sein Vater sechs Monate

darauf. Haliq selbst war in den neunziger Jahren in China inhaftiert. Er berichtet von Folter und von medizinischen Experimenten an seinem Körper. Schliesslich gelang ihm die Flucht in die Schweiz. Doch auch hier hat er keine Ruhe vor dem chinesischen Staat, beispielsweise im Jahr 2020 in Zürich: «Wir sind vier Mal an eine Wohnungsbesichtigung gegangen. Jedes Mal wurden wir von chinesischen Spion:innen verfolgt.»

Ein Anfang dieses Jahres vom Bundesrat veröffentlichter Bericht zeigt nun, dass Haliqs Schicksal in der Schweiz kein Einzelfall ist. Das Phänomen der chinesischen Repression auf fremdem Staatsgebiet hat System. Migmar Dolma, eine tibetisch-schweizerische Autorin und Aktivistin, wurde am Mondfest in Basel 2014 von einem zivilen Sicherheitsbeamten der chinesischen Botschaft attackiert: «Er hat mich zu Boden geworfen und festgehalten. Ich wusste nicht, wie mir geschah», erinnert sich Migmar Dolma. «Ich habe ihn



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Die Gesellschaft für bedrohte Völker organisierte mit dem Polit-Forum in Bern ein Podiumsgespräch zu Transnationaler Repression. Zumretay Arkin, Tsering Tsomo, Selina Morell (v.l.n.r.) und Ralph Weber diskutierten gemeinsam über Auswirkungen und Massnahmen.

in einer Mischung aus Angst und Wut angeschaut und gesagt: «This is not China, this is Switzerland». Also: Du kannst meine Meinungsfreiheit und meine Rechte hier nicht einschränken.»

Bericht bestätigt Transnationale Repression in der Schweiz

Unter dem chinesischen Staatspräsident Xi Jinping findet gegenüber lokalen Gemeinschaften eine äusserst restriktive Politik statt. Insbesondere im ehemaligen Ostturkestan (chinesisch: Xinjiang) und im besetzten Tibet wird eine Anpassung an die Mehrheitskultur der Han-Chines:innen erzwungen: Die Regierung hindert die Menschen daran, ihre Kultur auszuleben und Sprache zu sprechen. In den vergangenen Jahren häufen sich die Belege für eine massive Verschlechterung der Menschenrechtssituation in China. Zwangslager, Folter, Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlung, Zwangssterilisation sind nur einige der Stichworte. Doch die Repression beschränkt sich nicht auf die chinesischen Landesgrenzen, sondern wird auch in anderen Ländern weitergeführt – zum Beispiel in der Schweiz. Dies bestätigt ein im Februar veröffentlichter Bericht des Bundesrates.

Der neue Bericht geht auf eine Petition der GfbV und tibetischer Partnerorganisationen im Jahr 2018 zurück, woraufhin die Ausserpolitische Kommission des Nationalrates den Bundesrat beauftragte, einen detaillierten Bericht zur Situation der Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz zu verfassen. Die Antwort des Bundesrates erschien zusammen mit einer Studie der Universität Basel, die vom Bundesamt für Justiz und dem Staatssekretariat für Migration in Auftrag gegeben wurde. Die Studie zeigt auf, welche Formen von Transnationaler Repression Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz erleben müssen. Dazu gehören: Kooptierung (Anwerbungsversuche durch China als Informant:innen), Repatriierung (das Rückführen nach China) zwischen Druck und Zwang, Drucknachrichten, Beobachten und Fotografieren, Flüchtlingsespionage, Überwachung der Kommunikation, Cyberattacken, und wie im Fall von Migmar Dolma sogar physische Gewalt (siehe Infografik Seiten 4 & 5).

Die Studie hält fest, «dass die Volksrepublik China mit grosser Wahrscheinlichkeit Tibeter:innen sowie Uigur:innen in der Schweiz dazu bewegt, Mitglieder ihrer eigenen Gemeinschaften auszuspionieren und unter Druck zu setzen. Es gebe auch Hinweise darauf, dass politisch aktive Personen systematisch beobachtet, fotografiert und gefilmt werden.» Zudem würden auf der chinesischen Botschaft Dienstleistungen verweigert, um die Menschen zu erpressen: Personen würden aufgefordert, der Botschaft dienliche Informationen über die Exilgemeinschaft zu liefern und würden erst dann Dokumente oder Einreiseerlaubnisse erhalten.

In der Studie tauchen immer wieder Berichte auf, wie Betroffene in der Schweiz mit Drohanrufen unter Druck gesetzt werden. Auch der Uigure Habibulla Haliq berichtet von der Angst um seine Angehörigen in China: «Ich bekomme andauernd anonyme Anrufe. Einmal habe ich abgenommen und die Person am anderen Ende der Leitung sagte: «Denkst du an deine Heimat? An deinen Bruder und deine Schwester?» Haliq weint. Er hat über Kontakte erfahren, dass seine Geschwister in China inhaftiert wurden. Trotzdem lässt er sich nicht von seinem politischen Engagement abhalten.

Klima der Angst

«Transnationale Repression kriert in den tibetischen und uigurischen Diasporagemeinschaften ein Klima der Angst», sagt Selina Morell, China-Verantwortliche bei der GfbV. Das kann etwa dazu führen, dass Leute nicht mehr an Demonstrationen teilnehmen, um ihre Familienangehörigen in China, nicht in Gefahr zu bringen. Die tibetischen und uigurischen Vereine und Organisationen in der Schweiz, aber auch Privatpersonen sind betroffen von Cyberangriffen mittels Schadsoftware und Spionageprogrammen zur Überwachung der Kommunikation.

Von der Schweizer Politik fühlen sich die Exilgemeinschaften zunehmend wenig unterstützt. Das seit 2014 bestehende Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China habe indirekte Folgen auf die Haltung der Schweiz, und wirke sich auf die Mei-

nungsausserungsfreiheit der Exilgemeinschaften aus, sagt Selina Morell. Auch die Studie hält fest, dass heute nicht mehr möglich ist, was früher noch normal war: Etwa vor der chinesischen Botschaft in Bern oder anlässlich chinesischer Staatsbesuche in Sichtweite des Bundeshauses zu demonstrieren.

Es braucht dringend Massnahmen

«Die desolante Menschenrechtssituation in China und die den Schweizer Rechtsstaat gefährdende Transnationale Repression scheinen der Schweizer Regierung nun zwar bewusst zu sein», ordnet China-Expertin Selina Morell den Bundesratsbericht ein. «Die daraus gezogenen Schlüsse und die geplanten Massnahmen bleiben aber unzureichend», kritisiert sie. «Anlässlich des 75ten Jubiläums der Beziehungen zwischen der Schweiz und China und dem angekündigten Ausbau des Freihandelsabkommens muss die Politik dringend Menschenrechte priorisieren und in der Schweiz Tibeter:innen und Uigur:innen vor Transnationaler Repression schützen.» Die GfbV fordert, dass alle Fälle von Transnationaler Repression systematisch dokumentiert werden. Staatliche Stellen müssen für das Phänomen sensibilisiert werden und Betroffene müssen umgehend Unterstützung erhalten. Zudem braucht es Grundlagen, um Transnationale Repression effektiv zu bekämpfen.

Text: Samuele Bortot, Praktikant Kommunikation

Titelbild: Tibeter:innen machen mit einer Aktion vor dem Bundeshaus auf Transnationale Repression aufmerksam: Wir wollen nicht überwacht werden!

© Franziska Rothenbühler

Podium zu Transnationaler Repression

Am 15. April fand im Polit-Forum in Bern ein von der GfbV mitorganisiertes Podiumsgespräch zur Transnationalen Repression statt. Auf der Bühne sprach Zumretay Arkin, Vizepräsidentin des World Uyghur Congress, über das vorherrschende Klima der Angst in den tibetischen und uigurischen Diasporagemeinschaften. Tsering Tsomo, Research Director beim Tibetan Centre for Human Rights & Democracy, schilderte internationale Fälle von Transnationaler Repression. Selina Morell, GfbV-Programmleiterin China, und Ralph Weber, Associate Professor für European Global Studies (Universität Basel) & Hauptautor des Forschungsberichtes zu Transnationaler Repression, diskutierten mit den Gäst:innen über das Phänomen in der Schweiz.

Das Thema stiess beim Publikum auf grosses Interesse: Die Sitzplätze im Käfigturm waren alle besetzt, die Diskussion wurde auch via Livestream übertragen. Mehr zum Thema: Interview mit Tsering Tsomo auf Seite 8.

Schauen Sie hier den aufgezeichneten Livestream des Podiums zu Transnationaler Repression.



Editorial

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Weltweit sind autoritäre Kräfte im Aufschwung, die grundlegende Menschenrechte und demokratische Institutionen im Eiltempo abbauen. Menschen, die sich für ihre Rechte einsetzen, werden überwacht, bedroht und verfolgt – bis in die Schweiz. Im Leitartikel (S.1-3) erfahren Sie mehr über das Phänomen der «Transnationalen Repression» und wie die GfbV gemeinsam mit Partner:innen dagegen vorgeht. Zudem veranschaulicht die Infografik (S.4-5), mit welchen perfiden Mitteln die chinesische Regierung die Mitglieder der tibetischen und uigurischen Diaspora unter Druck setzt.

Angesichts dieser schwierigen Umstände ist der GfbV-Schwerpunkt «Schutz und Sicherheit» von zentraler Bedeutung. Für diese Arbeit zählen wir auf das Engagement von zahlreichen solidarischen Menschen – unsere Mitglieder, Unterstützer:innen und Partner:innen, unser Team auf der Geschäftsstelle und den ehrenamtlich tätigen Vorstand. Ich möchte mich daher an dieser Stelle herzlich bei der bisherigen Präsidentin Lisa Mazzone und bei den Vorstandsmitgliedern Marianne Helfer und Göpf Berweger bedanken. Sie haben die Arbeit der GfbV in verschiedenen Funktionen viele Jahre lang mitgetragen und mitgeprägt. Gleichzeitig freue ich mich sehr, vier neue Vorstandsmitglieder und unsere neue Präsidentin Christine Badertscher willkommen zu heissen. Auf Seite 6-7 erfahren Sie mehr über die Wechsel im Präsidium und Vorstand.

Einen weiteren Wechsel hat die Mitgliederversammlung im Mai beschlossen: Die GfbV heisst neu «Voices»! Ich freue mich sehr, unsere Arbeit ab Juli unter dem neuen Namen fortzuführen, denn dieser steht genau für unsere Kernaufgabe: Den Stimmen von Indigenen Gemeinschaften und minorisierten Gruppen Gehör zu verschaffen. Eine dieser Stimmen ist die von Tsering Tsomo. Sie erzählt im Interview (S.8) über ihre Arbeit für die Rechte von Tibeter:innen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Anna Leissing, Geschäftsführerin GfbV

IMPRESSUM

VOICE 2, Juni 2025 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Spendenkonto:** Berner Kantonalbank (BEKB); IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Samuele Bortot und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Samuele Bortot, Anna Leissing, Selina Morell, Dominique Schärer **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 2900 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr.

Transnationale Repression gegen Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz

Ein im Februar veröffentlichter Bericht des Bundesrates bestätigt: Die Volksrepublik China übt Transnationale Repression gegenüber Tibeter:innen und Uigur:innen in der Schweiz aus. Die Betroffenen sollen durch die Druckversuche als Informant:innen angeworben werden oder von ihrer öffentlichen politischen Aktivität absehen. Der Bericht stützt sich auf eine Studie der Universität Basel, die ihren Ursprung in einer Petition der GfbV hat. Die Infografik zeigt, mit welchen Mitteln die Volksrepublik China gegen die Exil-Gemeinschaften in der Schweiz und weltweit vorgeht.



Beobachten und Fotografieren

Das systematische Filmen und Fotografieren ist durch gesichertes Material belegt. Tibeter:innen und Uigur:innen werden an Demonstrationen, an öffentlichen Anlässen aber auch im privaten Rahmen, zum Beispiel bei Wohnungsbesichtigungen, gefilmt und fotografiert.

Anpassung der Demonstrationsbewilligung

Die Studie hält fest, dass heute nicht mehr möglich ist, was früher noch normal war: Etwa vor der chinesischen Botschaft in Bern oder anlässlich chinesischer Staatsbesuche in Sichtweite des Bundeshauses zu demonstrieren.



Drucknachrichten

Anrufe von chinesischen Nummern, Audio- und Bilddateien auf Messenger-Diensten von unbekanntem Absender:innen: Tibeter:innen und Uigur:innen berichten von bedrohlichen Drucknachrichten in unterschiedlicher Intensität.



Unter Druck setzen der Angehörigen in China

Verwandte in Tibet oder Ostturkestan werden als Druckmittel missbraucht. Betroffene in der Schweiz erhalten Nachrichten mit expliziten oder impliziten Drohungen: Die in China zurückgebliebenen Angehörigen werden durch die Polizei unter Druck gesetzt oder sogar verhaftet.

Die Schweiz und China: Die Schweiz darf wirtschaftliche Interessen nicht über die Menschenrechte stellen: Das fordern die GfbV und ihre Partnerorganisationen. Die offizielle Schweiz und die Volksrepublik China feiern dieses Jahr das 75-jährige Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen. Doch während die Schweiz ab 1961 tibetische Geflüchtete mit offenen Armen empfing, scheinen heute Geschäftsinteressen zu überwiegen. So will die Schweiz das 2014 unterzeichnete Freihandelsabkommen mit China wenn möglich noch dieses Jahr erweitern.



Druckausübung auf der chinesischen Botschaft

Die Visaerteilung wird vor allem gegenüber Tibeter:innen als Druckmittel eingesetzt. Politisch aktive Tibeter:innen erhalten selten Visa um nach Tibet zu reisen, aber auch für Tibeter:innen mit einem unauffälligen Profil ist es schwierig, ein Visum für eine Reise nach Tibet zu erhalten.



Flüchtlingsspionage

Tibeter:innen und Uigur:innen werden dafür angeworben oder dazu genötigt, Informationen über Gemeinschaftsmitglieder an die chinesischen Behörden zu übermitteln. Resultat ist ein Klima der Angst und des gegenseitigen Misstrauens innerhalb der Diaspora.



Cyberattacken

Cyberattacken auf tibetische Vereine und Privatpersonen sind vielfach nachgewiesen. Aber auch aus der uigurischen Gemeinschaft sind Fälle bekannt. Die Geräte der Betroffenen werden mit Schadsoftware und Überwachungsprogrammen versehen.



Überwachung der Kommunikation

Es kann davon ausgegangen werden, dass digitale Nachrichtenkanäle wie WeChat und Whatsapp durch die Volksrepublik China systematisch überwacht werden. Die Überwachung von Telefongesprächen ist schwieriger nachzuweisen, findet wohl aber auch statt.

Repatriierung zwischen Druck und Zwang

Weltweit gibt es Fälle von forcierter Repatriierung, der zwangsweisen Rückführung von Personen nach China. In der Schweiz wurden Fälle nachgewiesen, bei denen Personen durch Anreize oder mit Druckausübung auf Angehörige in China dazu bewegt werden sollten, nach China zu reisen.



Präsidiumswechsel bei der GfbV

Für die Menschenrechte einstehen – erst recht in einer globalen Krise

FOTO: SUSANNE GOLDSCHMID/EX-PRESS



Christine Badertscher (links) und Lisa Mazzone haben sich anlässlich der Übergabe des Präsidiums zum Gespräch getroffen.

Die GfbV hat eine neue Präsidentin: Nach sieben Jahren übergibt Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Partei, das Amt an die Nationalrätin Christine Badertscher. Im Doppelinterview blicken die beiden Frauen in die Vergangenheit und in die Zukunft.

Lisa Mazzone und Christine Badertscher, wie seid ihr zu eurem Engagement für die Menschenrechte gekommen – gab es ein Schlüsselerlebnis?

Lisa Mazzone (LM): In unserer Familie waren Menschenrechte immer ein Thema, das hat auch unsere Erziehung geprägt. Mein Vater wurde unter anderem politisiert durch das Problem der Quecksilberverschmutzung. Ich selbst wurde mit etwa 18 Jahren politisiert, als eine Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts anstand. Später im Parlament leistete ich viel politische Arbeit im Bereich der Konzernverantwortung. Ich lernte die GfbV kennen, als es um die Verantwortung der Schweiz in den Bereichen Goldabbau und Quecksilberverschmutzung ging.

Christine Badertscher (CHB): Ich bin auf einem Bauernhof mit Tieren aufgewachsen, vor allem die Kühe waren mein Leben. Schon als Jugendliche las ich gerne Bücher über Nomad:innen in anderen Län-

dern – besonders in Tibet. Mich faszinierte an Nomad:innen weltweit ihre Verbundenheit mit der Natur. Später studierte ich Umweltingenieurin und engagierte mich für Nachhaltigkeits-Themen. Als ich dann längere Zeit in Kamerun arbeitete, hatte ich viel mit Pigmäen-Gemeinschaften zu tun und begann mich für soziale Fragen zu interessieren.

Und wie kamst du zur GfbV?

CHB: Ich kenne die Organisation schon sehr lange, unter anderem auch durch ihren Mitbegründer, den Politiker Bernhard Pulver. Mein eigentlicher Anknüpfungspunkt ist Tibet. Zur Lage in Tibet wie auch zu anderen Themen habe ich im Parlament regelmässig eng mit der GfbV zusammengearbeitet. Weil die GfbV eine sehr lösungsorientierte Organisation ist, habe ich mich sehr über die Anfrage für das Präsidium gefreut.

Lisa, was hat dich besonders stolz gemacht während deiner Zeit als Präsidentin der GfbV?

Die GfbV war mit ihrer Mobilisierung für die Rechte der Uigur:innen eine Vorreiterin. Sie hat die Frage nach der Verantwortung der Schweiz schon aufgegriffen, bevor die grossen Medienberichte das ganze Aus-

mass der gravierenden Menschenrechtssituation in China aufzeigten. Die GfbV hat wichtige Sensibilisierungsarbeit geleistet: So sprachen zum Beispiel an einem sehr berührenden Anlass im Bundeshaus zwei Augenzeuginnen aus den Zwangslagern in Ostturkestan (chin. Xinjiang). Da liegt die Kraft der GfbV: Nicht nur über die Leute zu sprechen, sondern die Leute für sich selbst einstehen lassen. Heute kommt man um das Thema Menschenrechte nicht mehr herum, wenn man über das Freihandelsabkommen mit China spricht.

Christine, was möchtest du als Präsidentin der GfbV erreichen?

CHB: Wir werden sicher eine wichtige Rolle spielen können bei politischen Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen mit China oder mit den Mercosur-Staaten. Aktuell sind wir in einer sehr spannenden Phase mit dem kürzlich erschienenen Bundesrats-Bericht zur tibetischen und uigurischen Diaspora in der Schweiz und zur Transnationalen Repression. Ich werde als Präsidentin versuchen, solche Themen möglichst gut auch im Parlament zu unterstützen.

Lisa Mazzone

Die 37-Jährige ist Parteipräsidentin der Grünen Schweiz. Sie war von 2015 bis 2019 Nationalrätin und zwischen 2019 und 2023 Ständerätin. In dieser Funktion setzte sie sich für ein modernes Sexualstrafrecht, für Konzernverantwortung und Transparenz sowie für die Energie- und Klimapolitik ein.

Christine Badertscher

Die 43-Jährige ist studierte Umweltingenieurin und Agrarwissenschaftlerin und war in der Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik tätig. Seit 2019 setzt sie sich als Grüne Nationalrätin für Klimaschutz, nachhaltige regionale Landwirtschaft, Fairen Handel und Internationale Zusammenarbeit ein sowie für Austausch zwischen Stadt und Land.

Wie steht es um das Thema Menschenrechte in der Schweiz angesichts der kritischen geopolitischen Situation?

LM: Wir befinden uns in einem fragilen gesellschaftlichen Moment. Es werden derzeit gewisse Errungenschaften wieder infrage gestellt: zum Beispiel die Idee, dass man sich über das eigene Land hinaus für Menschenrechte stark macht. Gerade jetzt, mit der neuen Situation in den USA, ist es für die Schweiz wichtig, dass sie sich positioniert für die Werte, welche die Schweiz ausmachen: Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie.

CHB: Die Wahl von Donald Trump ist wie ein Dambruch und fördert die Idee, dass man jetzt vor allem für sich selbst schauen muss. In dieser politischen Situation ist es eine enorme Herausforderung, finanzielle Ressourcen für Organisationen wie die GfbV zu mobilisieren. Aber ich habe die Hoffnung, dass eine Gegenbewegung entstehen wird. So ist es erstaunlich, wie grosse Aufmerksamkeit der Bundesrats-Bericht zu Transnationaler Repression erhalten hat. Die Leute merken: Menschenrechtsverletzungen passieren auch hier in der Schweiz. Hier ist es die Aufgabe der GfbV dafür zu sorgen, dass solche Themen präsent bleiben.

Interview: **Dominique Schärer**, Kommunikation

Rückblick Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung der GfbV hat eine neue Präsidentin und vier neue Vorstandsmitglieder gewählt und der GfbV einen neuen Namen gegeben.

Nach sieben Jahren hat die Mitgliederversammlung (MV) im Mai **die bisherige Präsidentin Lisa Mazzone verabschiedet und ihre Nachfolgerin Christine Badertscher** gewählt (siehe Interview links). Wir danken Lisa von Herzen für ihren engagierten Einsatz und wünschen ihr alles Gute und viel Erfolg! Und natürlich: ganz herzlich willkommen, Christine! Zudem sind zwei bisherige Mitglieder des Vorstandes zurückgetreten und vier neue Gesichter dazugekommen. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit in dieser neuen Konstellation.

Abschiede im Vorstand

Göpf Berweger hat die GfbV vor 26 Jahren mit begründet und ist ihr seither treu geblieben. Als Geschäftsleiter, Vizepräsident und Vorstandsmitglied hat er sich mit seiner langjährigen Erfahrung, seinem offenen Geist, seiner scharfsinnigen Analyse und seinem leidenschaftlichen Engagement stets klar auf die Seite von marginalisierten und minorisierten Gruppen gestellt und einen riesigen Beitrag zur Menschenrechtsarbeit der GfbV geleistet. Wir danken Göpf ganz herzlich für alles und freuen uns, ihn auch in Zukunft zu unseren Unterstützer:innen zählen zu dürfen.



Wir danken auch **Marianne Helfer ganz herzlich für ihr strategisches und kritisch-konstruktives Mitdenken** und ihren engagierten Einsatz im Vorstand in den letzten acht Jahren. Auf ihrer Expertise zu Rassismus und Diskriminierung sowie ihren Beiträgen zu Strategie und Führung werden wir auch in Zukunft aufbauen können. Wir freuen uns jetzt bereits, Marianne an der einen oder anderen Veranstaltung der GfbV wieder anzutreffen!

Neue Gesichter, neuer Name

Neu gewählt wurden an der Jahresversammlung **Franziska Stocker, Claudia Stürzinger, Muriel Bonnardin und Mark Pieth**. Wir begrüßen alle ganz herzlich und danken für die Bereitschaft, ihre Zeit und Expertise der GfbV zur Verfügung zu stellen. Weitere Infos zum aktuellen Vorstand finden Sie auf unserer Website.

Schliesslich hat sich die GfbV einen neuen Namen gegeben: **Neu heissen wir «Voices»**. Der neue Name wird derzeit umgesetzt und Ende Juni ist er dann offiziell. Er macht unser Kernanliegen deutlich: Gemeinsam den vielfältigen Stimmen für Menschenrechte Gehör zu verschaffen. Gemeinsam. Lautstark. Für Menschenrechte.

Text: **Dominique Schärer**, Kommunikation & **Anna Leissing**, Geschäftsleiterin



«Diese Bewegung wird nicht sterben, da bin ich mir sicher»

Tsering Tsomo lebt in Australien und arbeitet als Research Director für das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie in Indien. Sie forscht zum Thema Transnationale Repression und war auf Einladung der GfbV in der Schweiz. Hier nahm sie an einem Workshop und Podiumsgespräch zum Phänomen der Transnationalen Repression teil.

Interview: **Samuele Bortot**, Praktikant Kommunikation/ Foto: **Samuele Bortot**, GfbV

Frau Tsering Tsomo, wer sind Sie und was tun Sie?

Ich wurde in Indien als Kind tibetischer Geflüchteter geboren. Meine Eltern sind in den 1960er Jahren aus Tibet geflohen. Ich arbeite seit 12 Jahren für das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie. Tatsächlich habe ich mich einen Grossteil meines Lebens in der tibetischen Exilgemeinde in Indien engagiert: Als Forscherin, Journalistin und Menschenrechtsaktivistin.

Was war für Sie persönlich der ausschlaggebende Grund, sich der politischen Arbeit zu widmen?

Oh, daran erinnere ich mich noch sehr gut. Im Jahre 2008 fand in Tibet ein grosser Aufstand statt. Die Tibeter:innen rebellierten gegen die chinesische Besatzungsmacht. Ich studierte zu dieser Zeit Journalismus in New York und las viele Medienberichte über die Menschenrechtsverletzungen in Tibet und darüber, wie die Proteste von den chinesischen Behörden brutal unterdrückt wurden. Da habe ich beschlossen, dass meine Berufung ist, zu meiner Gemeinschaft in Indien zurückzukehren und mich für die Sache einzusetzen.

Sie sind für einen Workshop und ein Podiumsgespräch zum Thema Transnationale Repression in der Schweiz. Welche Erfahrungen haben Sie mit transnationaler Repression gemacht?

Nun, ich habe keinen direkten Kontakt zu meinen Verwandten in Tibet, das hatte ich noch nie. Und meine Eltern haben immer noch Probleme, mit ihren Verwandten in ihrer Heimat in Kontakt zu treten. Was mich persönlich betrifft: Als Menschenrechtsaktivistin habe ich digitale Transnationale Repression erlebt. Verdächtige Emails, Spyware und Malware. Ich lebe und arbeite im Bewusstsein, dass ich ständig in irgendeiner Form überwacht werde. Obwohl ich versuche, bei meiner Online-Kommunikation sehr vorsichtig zu sein, werde ich mich digital nie sicher fühlen.

Sie haben zu Transnationaler Repression geforscht. Was sind die Schwierigkeiten, diesem Phänomen empirisch nachzugehen?

Wenn man Aussagen von Menschen sammelt, die Transnationale Repression erlebt haben, muss man ihr Vertrauen gewinnen und eine Beziehung aufbauen. Sie teilen ihre Erfahrungen, und das kann Konsequenzen für ihre Familien in der Heimat nach

sich ziehen. Man muss also sehr vorsichtig mit den Quellen umgehen. Aus Quellenschutzgründen können viele Erfahrungsberichte gar nicht oder nur stark anonymisiert veröffentlicht werden, was eine Forschung zum Thema erschwert. Ich habe auch schon erlebt, dass Menschen, die ich befragt habe, ihre Aussage zurückgezogen haben. Das zeigt, wie gross die Angst in den Gemeinschaften vor der chinesischen Repression ist.

Was schlagen Sie vor als staatliche Massnahmen gegen Transnationale Repression?

In Australien, wo ich momentan lebe, gibt es gute Unterstützung für die Betroffenen von Transnationaler Repression. Es gibt Community-Outreach-Programme, bei denen Strafverfolgungsbehörden und Beamte in die Gemeinden gehen und Kontakt zu den Opfern Transnationaler Repression aufnehmen. In Schweden werden die Täter:innen vorbildlich strafrechtlich verfolgt. Diese Verfahren könnten auch in der Schweiz übernommen werden.

Fordern Sie zusätzliche Massnahmen?

Alle Akteur:innen, die in irgendeiner Weise mit Transnationaler Repression zu tun haben, sollten eine Einladung erhalten, sich im Parlament zu äussern. Nach der parlamentarischen Untersuchung müssen Folgemaassnahmen ergriffen werden: Zum Beispiel die Überarbeitung oder Neueinführung von Gesetzen. Zudem muss innerhalb der staatlichen Behörden ein Bewusstsein für Transnationale Repression geschaffen werden: Wann immer Behörden Beschwerden von Opfern Transnationaler Repression erhalten, müssen Sie klare Richtlinien haben, wie sie zum Schutz dieser Menschen beitragen können.

Frau Tsomo, was sind ihre persönlichen Hoffnungen und Ziele für die Zukunft der tibetischen und uigurischen Gemeinschaften, sowohl in Tibet und Ostturkestan als auch im Exil?

Ich setze grosse Hoffnungen in meine Gemeinschaft, in ihre Widerstandsfähigkeit. In die Tatsache, dass wir so viele Jahre in der Unterdrückung gelebt haben und trotzdem eine tibetische Nation im Exil aufgebaut haben. Wir sprechen noch immer unsere Sprache und pflegen unsere Kultur und Traditionen. Das ist eine enorme Leistung. Diese Bewegung wird nicht sterben, da bin ich mir sicher!